

Den Rechten ist jedes Mittel recht, die Gewerkschaften kaputtzumachen...

... sogar der Staatsbankrott

Die Rechten in den USA wollen lieber einen bankrotten Staat als lebensfähige Gewerkschaften. Der Rechtsrutsch bei den US-Zwischenwahlen im November löste in den USA eine landesweite Offensive gegen die Gewerkschaften aus. Via Hunderte von Gesetzesvorlagen sollen gewerkschaftlich erkämpfte Löhne und Renten gekürzt und Arbeitsrechte eingeschränkt oder ganz abgeschafft werden. Erste Zielscheibe sind die gewerkschaftlich gut organisierten Staatsangestellten. Bereits vergessen ist die Finanzkrise mit ihren billionenschweren Spekulationsblasen im privaten Finanzsektor. Nun sind auf einmal die Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes am ganzen Schlamassel schuld.

Neid und Missgunst

Bereits müssen sich einzelne Lehrerinnen von ihren Schülern sagen lassen, sie verdienen zu viel. Es stimmt: In den USA gibt es eine klare Abhängigkeit zwischen gewerkschaftlicher Organisation und höherem Lebensstandard. Und zurzeit sind die zu 40 Prozent gewerkschaftlich aktiven Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst die stärkeren Verhandlungspartner als ihre kaum organisierten Kollegen und Kolleginnen in der Privatwirtschaft (Organisierungsgrad unter 10 Prozent). Doch die besseren Arbeitsbedingungen könnten ja auch positive Leitbilder sein. Jedenfalls dann, wenn die Unternehmer und ihre republikanischen Verbündeten nicht auf den Wettlauf nach unten fixiert wären. Doch sie stacheln gekonnt den Neid und die Missgunst derjenigen an, die nach Jahrzehnten der Deregulierung unter äusserst prekären Bedingungen leben müssen. Als ob es ihnen besser ginge, wenn nur die anderen auch im Elend sind.

Bush und Gingrich

Die Rechten hoffen, dies sei das letzte Gefecht gegen die US-Gewerkschaften, diese „Säulen der Demokratischen Partei“, diese anachronistischen Wirtschaftsregulierer. Mit der Idee des „Staatsbankrotts“ haben Jeb Bush, der Bruder des ehemaligen Präsidenten George Bush, und der Konservative Newt Gingrich, ein potentieller Präsidentschaftskandidat für 2012, diesen Kampf auf die Spitze getrieben. Die beiden Schlaumeier argumentieren: Wenn die US-Bundesstaaten Konkurs machen könnten, dann wären sie auf einen Schlag alle Kollektivverträge und Rentenverpflichtungen los. Und die Gewerkschafter müssten sich hinten anstellen, in die Reihe der Gläubiger. Und nehmen, was übrigbleibt.

Lotta Suter, Boston.

Work. Freitag, 4.3.2011.

USA > Gewerkschaften.doc.